

76.4.4

Schwäbische Grüne sind gegen Flughafen-Ausbau

Ökologische und wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend

Donauwörth (skro).

Die Grünen sprechen sich gegen den Ausbau eines Regionalflughafens in Schwaben aus. Auf einer Bezirksversammlung verabschiedeten die Delegierten am Samstag in Donauwörth eine entsprechende Resolution. Neben ökologischen Gründen sprächen auch wirtschaftliche Überlegungen gegen den Ausbau oder die zivile Nutzung der Flughäfen in Augsburg, Lagerlechfeld und Memmingen, so Vorstandssprecherin Ekin Deligöz (Neu-Ulm).

An allen Standorten drohen aus Sicht der Grünen millionenschwere jährliche Betriebsdefizite. Zudem seien hohe Startinvestitionen nötig. „Momentan können sich viele Kommunen nicht einmal Blumentöpfe leisten. Wie soll das bei einem Flughafen möglich sein?“, so Deligöz.

Zur Jobmaschine mit entsprechenden Gewerbesteuerereinnahmen für die Kommunen werde sich keiner der Standorte entwickeln, so die Augsburgsberger Landtagsabgeordnete Christine Kamm: „Das funktioniert in Frankfurt, aber nicht auf einem Regionalflughafen.“

Bei einem Ausbau des Augsburgsberger Flughafens seien außerdem 50 000 Bürger von mehr Fluglärm betroffen.

Außerdem führen die Grünen ökologische Gründe gegen einen Ausbau an. Der Flugverkehr verursache mittlerweile neun Prozent des Treibhauseffektes. Bei einer zivilen Nutzung von Memmingen oder Lagerlechfeld befürchten die Grünen, dass dort Billigflieger landen und starten. Außer Anreiseverkehr der Passagiere bringe dies der Region aber wenig. Der Allgäuer Landtagsabgeordnete Adi Sprinkart bezweifelte die Aussagen der Befürworter von Memmingen, dass so mehr Touristen in die Region zu locken seien.

Der einstimmig verabschiedeten Resolution, die als Alternative zu Flughäfen bessere Zuganbindungen fordert, stimmten auch die Augsburgsberger Delegierten zu. Im Augsburgsberger Stadtrat tragen die Grünen, die an der Stadtregierung beteiligt sind, eine abgespeckte Erweiterung des Flughafens für den Geschäftsverkehr mit.

Weitere Themen der Bezirksversammlung waren die EU-Erweiterung und die gentechnische Veränderung von Lebensmitteln.